



ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

53 Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz

Beteiligt:

55 Fachbereich Jugend und Soziales

Betreff:

Einrichtung einer gemeinsamen Lenkungsgruppe Sucht

Beratungsfolge:

03.05.2016 Sozialausschuss

Beschlussfassung:

Sozialausschuss

Beschlussvorschlag:

Auf der Basis der abschließenden Empfehlungen stimmt der Sozialausschuss der Einrichtung einer gemeinsamen Lenkungsgruppe zu.



Kurzfassung

Begründung

In der Stadt Hagen stand ein gemeinsames „Suchtberatungszentrum unter einem Dach“ Ende 2013 kurz vor der Realisierung bzw. kurz vor der Vertragsunterzeichnung. Das damit verbundene skizzierte scheiterte auf Grund steuerrechtlicher Bedenken.

Im März 2014 hat die Stadt Hagen die Koordinationsstelle Sucht des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe beauftragt, im Rahmen der kooperativen kommunalen Suchthilfeplanung (kKSHP) das spezifische Thema „Zusammenführung der ambulanten Suchtberatungsangebote unter einem Dach“ unter Beteiligung der Leistungsträger und Leistungserbringer aufzugreifen und fortzusetzen.

Aufgabe der LWL-KS war die Vorbereitung und Moderation der Sitzungen sowie weiterführende Recherchen und Ausarbeitungen, die im Laufe des Prozesses vereinbart wurden (z. B. Vorbereitung der Leistungsbeschreibung, Zusammenführung der Kooperationen, verschiedene Strukturmodelle, etc.).

Im Rahmen eines Projektes mit der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Münster, konnte eine IST-Erhebung der ambulanten Angebote durchgeführt werden.

In der Nachbetrachtung und der Diskussion der IST-Erhebung für die Stadt Hagen wurden folgende zentrale Themenfelder benannt:

- a) Chancen einer koordinierten Suchthilfe
- b) Lenkungsgruppe der ambulanten Suchthilfe
- c) Einheitliche Dokumentation und Berichtswesen
- d) Kooperation gestalten

Als weitere Themen wurde die offene Diskussion über das eigentliche Beratungsverständnis in der Stadt sowie das Beratungsangebot Essstörungen in Hagen gesehen:

- e) Beratung – „Spezialisten oder Generalisten“
- f) Beratungsangebot für Essstörungen

Aufgrund der Empfehlungen des LWL soll eine Lenkungsgruppe gebildet werden, der Vertreter der AWO und des Blauen Kreuzes sowie der Fachbereiche Gesundheit und Verbraucherschutz sowie Jugend und Soziales angehören.

Der LWL hat den Prozess begleitet und hat bereits im Jugendhilfeausschuss den Abschlussbericht vorgestellt.

Der Bericht ist der Vorlage als Anlage beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

- | | |
|-------------------------------------|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen |
| <input type="checkbox"/> | Es entstehen folgende finanzielle und personelle Auswirkungen |
| <input type="checkbox"/> | Es entstehen folgende bilanzielle Auswirkungen |



Maßnahme

- ☐ konsumtive Maßnahme
☐ investive Maßnahme
☐ konsumtive und investive Maßnahme

Rechtscharakter

- ☐ Auftragsangelegenheit
☐ Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung
☐ Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung
☒ Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe
☐ Vertragliche Bindung
☐ Beschluss RAT, HFA, BV, Ausschuss, sonstiges
☐ Ohne Bindung

1. Konsumtive Maßnahme

Teilplan:		Bezeichnung:	
Produkt:		Bezeichnung:	
Kostenstelle:		Bezeichnung:	

	Kostenart	Lfd. Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3
Ertrag (-)		€	€	€	€
Aufwand (+)		€	€	€	€
Eigenanteil		€	€	€	€

Kurzbegründung:

- ☐ Finanzierung ist im lfd. Haushalt bereits eingeplant/gesichert
☐ Finanzierung kann ergebnisneutral (außer-/überplanmäßige Bereitstellung mit Deckung) gesichert werden.
☐ Finanzierung kann nicht gesichert werden (der Fehlbedarf wird sich erhöhen)

2. Investive Maßnahme

Teilplan:		Bezeichnung:	
Finanzstelle:		Bezeichnung:	

	Finanzpos.	Gesamt	lfd. Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3
Einzahlung(-)		€	€	€	€	€
Auszahlung (+)		€	€	€	€	€
Eigenanteil		€	€	€	€	€

Kurzbegründung:

- ☐ Finanzierung ist im lfd. Haushalt bereits eingeplant/gesichert
☐ Finanzierung kann gesichert werden (außer-/überplanmäßige Bereitstellung mit Deckung)
☐ Finanzierung kann nicht gesichert werden (der Kreditbedarf wird sich erhöhen)



3. Auswirkungen auf die Bilanz (nach vorheriger Abstimmung mit der Finanzbuchhaltung)

Aktiva:

(Bitte eintragen)

Passiva:

(Bitte eintragen)

4. Folgekosten:

a) jährliche Kreditfinanzierungskosten für den Eigenfinanzierungsanteil	€
b) Gebäudeunterhaltsaufwand je Jahr	€
c) sonstige Betriebskosten je Jahr	€
d) Abschreibung je Jahr (nur bei investiven Maßnahmen)	€
e) personelle Folgekosten je Jahr	€
Zwischensumme	€
abzüglich zusätzlicher Erlöse je Jahr	€
Ergibt Nettofolgekosten im Jahr von insgesamt	€

5. Auswirkungen auf den Stellenplan

Stellen-/Personalbedarf:

(Anzahl)	Stelle (n) nach BVL-Gruppe	(Gruppe)	sind im Stellenplan	(Jahr)	einzurichten.
(Anzahl)	üpl. Bedarf (e) in BVL-Gruppe	(Gruppe)	sind befristet bis:	(Datum)	anzuerkennen.

gez.

(Name OB oder Beigeordneter inkl. Funktion)

Bei finanziellen Auswirkungen:

gez.

(Name Beigeordneter inkl. Funktion)

gez.

Christoph Gerbersmann
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

